

05.09.2016 – 02:02 Uhr

Ein Drittel der UN-Mitgliedsstaaten verbieten psychisch kranken Menschen das Recht auf Wahl und Heirat

Genf (ots/PRNewswire) -

Am World Mind Matters Day 2016 zeigt eine von der World Psychiatric Association (WPA) finanzierte und weltweit durchgeführte Untersuchung von Gesetzen und Bestimmungen in den 193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen (UN), dass Maß der Diskriminierung von dem psychisch erkrankte Menschen bei Heirat, Wahlrecht, Arbeit und Verträgen betroffen sind.

Die Untersuchungsergebnisse finden sich im Bericht "Social Justice for People with Mental Illness" (Soziale Gerechtigkeit für psychisch erkrankte Menschen), der in der Fachzeitschrift International Review of Psychiatry veröffentlicht wurde. Folgende Schlüsse konnten gezogen werden:

- 37 Prozent der Länder verbieten die Heirat bei Menschen mit psychischen Erkrankungen - In 11 Prozent der Länder können psychische Erkrankungen eine Heirat ungültig machen oder können als Begründung für eine Annullierung der Hochzeit dienen
- In 36 Prozent der Länder können Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht wählen
- In nahezu einem Viertel der Länder gibt es keine Gesetze, welche die Diskriminierung bei der Anstellung von Menschen mit psychischen Gesundheitsproblemen verhindern.
- In mehr als der Hälfte der Länder gibt es keinen expliziten Schutz durch Gesetze gegen Entlassungen/Beendigung oder Aufhebung des Arbeitsverhältnisses aufgrund von gesundheitlichen Gründen wie psychische Erkrankungen.
- 38 Prozent der Länder versagen Menschen mit psychischen Erkrankungen das Recht auf den Abschluss von Verträgen. - 42 Prozent erkennen das Recht der Menschen mit psychischen Erkrankungen nicht an, ihr eigenes Testament zu schreiben

Die Ergebnisse haben die WPA dazu veranlasst, einen Gesetzesentwurf für Personen mit psychischen Erkrankungen zu verfassen, die ALLE Regierungen anmahnen, sicherzustellen, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen/geistigen Behinderungen/psychischen Gesundheitsproblemen nicht aufgrund ihres psychischen Gesundheitszustands diskriminiert werden und das sie als gleichberechtigte Bürger behandelt werden, die die gleichen Rechte wie alle anderen genießen. Die Gesetzesentwürfe wurden von 18 Organisationen unterstützt.

Dinesh Bhugra, President der World Psychiatric Association, erklärte: "Es ist wichtig, dass Ärzte auf der ganzen Welt mit den Patienten, ihren Pflegekräften und deren Familien sowie mit relevanten Organisationen, die diese Gruppen vertreten, zusammenarbeiten, um Diskriminierung zu verhindern, Gesetze zu ändern und um sicherzustellen, dass diese für alle gleich gelten." Es gibt einfach keine Erklärung für die kontinuierliche Diskriminierung von Menschen mit psychischen Erkrankungen, deren Familien und von denen, die sich um diese kümmern, seien es professionelle oder private Pflegekräfte."

Der Bericht "Social Justice for People with Mental Illness" und der Gesetzesentwurf "Bill of Rights for Individuals with Mental Illness" können eingesehen werden unter <http://www.tandfonline.com/toc/iirp20/current>.

wpa@munroforster.com

Kontakt:

wpamedia@munroforster.com
+44-(0)-20-7089-6104

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100058506/100792271> abgerufen werden.